

Frankfurter Rundschau 24.01.97

„In Teilbereichen ein Freispruch wegen erwiesener Unschuld“

Landgericht Mainz spricht Angeklagte vom Vorwurf des Kindesmißbrauchs frei / Richter für Videotechnik bei Befragungen

Von Michael Grabenströer

Mit Freisprüchen für die fünf Angeklagten endete nach 22 Verhandlungsmonaten am Donnerstag auch das zweite der drei „Wormser Kindesmißbrauchsverfahren“ vor dem Mainzer Landgericht. Die „massiven Zweifel an der Schuld“ der fünf Beschuldigten zwischen 30 und 74 Jahren, darunter zwei Frauen, hätten sich „in einer Weise getürmt“, daß dies in „Teilbereichen ein Freispruch wegen erwiesener Unschuld ist“, sagte der Vorsitzende Richter Hans Lorenz.

MAINZ, 23. Januar. 83 Verhandlungstage hatte das Verfahren „Worms III“ gedauert, 107 Zeugen, darunter zehn Kinder waren gehört und vier sachverständige Zeugen und acht Sachverständige zu Wort gekommen. Über vier Stunden dauerte die Urteilsbegründung, in der sich Lorenz sichtlich bemühte, Vorbehalten und Einwänden gegen das Gericht und die Urteilsfindung vorzubeugen. Seit 1988 habe er als Richter an 15 Verfahren mitgewirkt, in denen es um sexuellen Kindes-

mißbrauch gegangen sei, und „15mal kam es zu einer Verurteilung“, bog Lorenz mögliche „Fehlvorstellungen“ ab. Nie habe er Zweifel gehabt, daß diese 15 Urteile falsch gewesen sein könnten.

Mit der Entscheidung hat die Lorenz-Kammer schon jetzt Rechtsgeschichte geschrieben. Es ist bundesweit das erste Verfahren, in dem das Urteil auch auf „Video-Vernehmungen“ von kindlichen Zeugen fußt. Die zehn Kinder seien unter „vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen vernommen“ worden, sagte Lorenz. Die Videotechnik habe zu einem „gelösteren und freieren Aussageverhalten“ der Kinder geführt. Für künftige Verhandlungen regte Lorenz an, auch die „kindlichen Erstaussagen“ beim Ermittlungsrichter auf Video zu dokumentieren, um sie dann in Prozesse einführen zu können. Insofern sei das lange Mainzer Verfahren eine „Investition in zukünftige kindgerechte Verhandlungen“ gewesen.

Kritik übte Lorenz an dem Prozeßverhalten der Staatsanwaltschaft, der es zeitweise an „Sachlichkeit“ gefehlt habe, Kritik auch an den Befragungen des Ver-

eins „Wildwasser“ und Befunden eines Wormser Kinderarztes. Beides habe dazu geführt, daß man sich bei den Ermittlungen gar nicht mehr mit der Frage befaßt habe, ob Mißbrauch überhaupt stattgefunden habe. Es sei nur noch darum gegangen, „wann, wie, von wem“. Aber er übte auch Selbstkritik. Schließlich habe er selbst zweimal die Haftprüfung für die Angeklagten verworfen.

Lorenz listete das Aussageverhalten der Kinder und die äußeren Einflüsse auf kindliche Aussagen auf. Allein in einem Fall breitete er diese „Aussage-Chronologie“ auf 60 Seiten aus. Das schriftliche Urteil werde 2000 Seiten umfassen, kündigte er an. Den Kindern sei in Dutzenden von Befragungen teilweise eingeredet worden, daß sie mißbraucht worden seien. Eine Wormser Gaststätte, die „Dreh- und Angelpunkt des Wormser Massenmißbrauchs“ gewesen sein soll, ist laut Richterspruch „niemals Tatort“ gewesen.

Anhand der Kinderaussagen stellte Lorenz fest, daß die Lebensdaten der Kinder teilweise „derart unvereinbar“ seien, daß „objektiv und unumstößlich ein Zusam-

mentreffen dieser Kindergruppen nie erfolgt sein kann“. Bei den ärztlichen Untersuchungen legte Lorenz Ungereimtheiten offen. Befunde im Genitalbereich hätten sich teilweise verändert — von normal zu auffällig. Das allerdings zu Zeitpunkten, als die Beschuldigten schon in Untersuchungshaft gesessen hätten.

Im Verfahren Worms I, das vor Weihnachten mit sechs Freisprüchen zu Ende gegangen war, hatte der Vorsitzende Richter Jens Beutel im Urteil festgestellt, „daß die Mehrzahl der Kinder Opfer sexuellen Mißbrauchs sind“ und der Verdacht „bei allen (Angeklagten) fortbesteht und nicht ausgeräumt worden ist“. In dem Verfahren Worms II, das noch bis zum September terminiert ist, müssen sich 13 Angeklagte verantworten. Vorsitzender ist auch in diesem Prozeß Hans Lorenz, der ausdrücklich darauf hinwies, daß aus den jetzt erfolgten Freisprüchen keine Schlüsse auf das noch laufende Verfahren zu ziehen seien.

Die Staatsanwaltschaft will wie schon im Verfahren Worms I gegen die jetzt erfolgten Freisprüche Revision einlegen.